

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. G. Alee.

VI. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 23. September 1887.

№ 91.

## Anschluß der Süddeutschen an die Brauntweinsteuergemeinschaft.

Vom 1. October ab wird ein neues Band der Einigung die deutschen Staaten umschlingen: nachdem das neue Brauntweinsteuergesetz bereits durch Kaiserliche Verordnung im Großherzogthum Baden, nach erfolgter Zustimmung seitens desselben, eingeführt worden, haben die beiden württembergischen Kammern sich gleichfalls für den Beitritt zur Brauntweinsteuergemeinschaft erklärt und letzten Mittwoch hat nun auch die bairische zweite Kammer sich mit großer Majorität — 133 gegen 18 Stimmen — für den Beitritt Baierns ausgesprochen. Ist auch gegenwärtig noch nicht der Anschluß Württembergs und Baierns formell vollzogen, so sind doch hierfür alle Bedingungen gegeben, so daß man schon heute wie mit einer vollendeten Thatsache rechnen kann.

Nach Artikel 35 der Reichsverfassung bleibt in Baiern, Württemberg und Baden die Besteuerung des inländischen Brauntweins und Bieres der Landesgesetzgebung vorbehalten, während im Uebrigen das gesammte Zollwesen, sowie die Besteuerung von Salz, Taback, Brauntwein, Bier und Zucker ausschließlich dem Reiche zufällt. In diesem Artikel wird aber zugleich ausgesprochen, daß „die Bundesstaaten jedoch ihr Bestreben darauf richten werden, eine Uebereinstimmung der Gesetzgebung über die Besteuerung auch dieser Gegenstände (Brauntwein und Bier) herbeizuführen.“ Dieses Bestreben ist bezüglich des Brauntweins so weit zum Ziele gelangt, daß das von Reichswegen erlassene neue Brauntweinsteuergesetz, bei dessen Abfassung von vornherein auf die Interessen der Südstaaten Rücksicht genommen wurde, von den Südstaaten angenommen und damit die bisherige eigene Brauntweinsteuergesetzgebung von ihnen aufgegeben worden ist. Die Erträge der Brauntweinsteuer werden auch in diesen Staaten fortan für das Reich erhoben; die Vertheilung dieser Erträge an die Bundesstaaten erfolgt nicht nach Maßgabe des Aufkommens in den einzelnen Staaten, sondern für alle Staaten gleichmäßig in demselben Verhältniß, wie die Matricularbeiträge der einzelnen Staaten für das Reich berechnet werden.

Man hat von jeher in Süddeutschland großen Werth auf die Erhaltung der sog. Reservatrechte gelegt, welche als ein Unterpfand der größeren Selbstständigkeit der süddeutschen Staaten gegenüber der Reichseinheit betrachtet wurden. Namentlich in ultramontanen und bairisch patriotischen Kreisen standen die Reservatrechte als das Wesentlichere und Wichtigere in dem politischen Glaubensbekenntniß den Reichseinrichtungen weit voran. Von den Vertretern und Förderern des nationalen Gedankens wurde nach dieser Richtung hin kluger Weise eine große Schonung und Rücksicht geübt. Insbesondere hat der Träger und Leiter der Reichspolitik von der ersten Stunde an Alles zu vermeiden gewußt, was irgendwie das süddeutsche Mißtrauen wecken oder die süddeutsche Empfindlichkeit reizen konnte. Nur unter solchen Bedingungen konnte allmählich das Gefühl des gegenseitigen Vertrauens und der nationalen Zusammengehörigkeit stärkere Wurzeln schlagen. Gegenüber der Uneinigkeit der Parteien, welche Deutschlands Schaffenskraft nur zu oft lahm gelegt und beeinträchtigt hat, war es ein um so erhebenderes Gefühl, bei allen großen und wichtigen Fragen die Regierungen der Bundesstaaten in voller Einigkeit zu sehen. Diese Einigkeit der Bundesgenossen ist mehr und mehr gewachsen und hat namentlich in den Bestrebungen für die militärische und finanzielle Sicherheit des Reichs, wie für die Besserung des Looses der arbeitenden Klassen dem Reichstage, der nationalen Gesamtvertretung, häufig genug auf das Glänzendste vorangeleuchtet. So ist es denn endlich auch gekommen, daß die süddeutschen Staaten nicht mehr an dem Brauntweinsteuerverbehaltrecht um dieses Rechtes halber selbst

festhielten, sondern sich nach dem Nutzen fragten, welcher mit der Beibehaltung oder dem Aufgeben desselben verbunden sein würde. Diese Frage wäre wohl sicherlich nicht in der Weise, wie jetzt geschehen, beantwortet worden, wenn nicht die langjährigen Erfahrungen mit dem Grund und Wesen unserer Reichspolitik selbst in denjenigen Kreisen das Mißtrauen allmählich verdrängt hätten, welchen die Reservatrechte als solche früher sehr viel wichtiger waren als die nationale Einigung. In den süddeutschen Kammern, namentlich auch in der bairischen, gab es jetzt nur noch sehr wenige Elemente, welche trotz der in Aussicht gestellten Vortheile auf dem starren Standpunkt des Particularismus stehen blieben und den Anschluß an eine Reichseinrichtung wie eine Verkürzung staatlicher Hoheitsrechte betrauertem.

Ist auch nicht zu verkennen, daß die bedeutenden finanziellen Vortheile, welche den Süddeutschen durch die Reichs-Brauntweinsteuervermehrung erwachsen, sie zum Aufgeben ihres Reservatrechts veranlaßt haben, und daß ihnen hierbei von den Norddeutschen ein großes Entgegenkommen bewiesen worden ist, so kann doch auch nicht geleugnet werden, daß sich hierbei auf beiden Seiten das Gefühl der nationalen Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit bewährt hat. Dies ist um so mehr anzuerkennen, als große Parteiströmungen namentlich in Baiern der weiteren Ausdehnung der nationalen Einigung eine lange Zeit entgegenwirkten. Und deshalb darf das Fallen der Schranke, welche in dieser Beziehung Süd- und Norddeutschland trennte, als ein glückverheißendes Zeichen für die weitere innere Erstarkung und für die wachsende Einigung Deutschlands mit Freuden und Genugthuung begrüßt werden.

## Die socialpolitischen Ansichten der Freisinnigen.

Auf dem freisinnigen Parteitag für Niederschlesien, welcher am Sonntag in Liegnitz abgehalten wurde, „entwickelte“ — wie die Freisinnige Zeitung schreibt — „der Abgeordnete Dr. Barth die socialpolitischen Ansichten der Partei.“ Die Rede liegt in der Breslauer Zeitung in einem ziemlich umfangreichen Auszuge vor. Was aber darin besonders bemerkenswerth ist, das ist, daß sie über „die socialpolitischen Ansichten der Partei“ mit einigen nichtssagenden Worten hinweggeht. Allerdings äußerte Herr Barth einige hinlänglich bekannte Gemeinplätze. Er stellte als Merkmal des Unterschiedes zwischen der Socialdemokratie und den Cartellparteien einerseits und den Freisinnigen andererseits den Grundsatz auf, daß letztere der Ansicht seien, Alles, was im Wege des Zwanges geschehe, stehe auf schwacher Grundlage; ferner erklärte er, daß die Partei völlig einig bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung sei, indem sie meine, daß „Alles was geschehen könne, auch geschehen solle, vorausgesetzt, daß diejenigen, welche man damit bedenken will, nicht in eine schlechtere Situation kämen, als wie sie augenblicklich haben“; weiter will die Partei „keine Socialreform, welche einen großen Theil der Bevölkerung unter Polizeicontrole bringen wolle“, des weiteren verurtheilt sie das Socialistengesetz, weil es „der freisinnigen Partei am meisten schade, indem ihr dadurch unmöglich gemacht werde, Auge in Auge mit den Socialdemokraten zu verhandeln.“ Irgend welche weiteren Ansichten über socialpolitische Dinge äußerte Herr Barth nicht, wiewohl er wiederholt erklärte, über diese Dinge sprechen zu wollen. Sein Gesinnungsgenosse Rickert ergänzte ihn in dieser Beziehung etwas, indem er sein Bedauern darüber aussprach, daß die Arbeiter ruhig mit zusehen, wie die „verfolgte“ und „geächtete“ Partei der Freisinnigen in dem Kampfe um die bürgerliche Freiheit von den Cartellparteien überrannt werde, und indem er die Zustimmung der Partei zu der Alters- und Invalidenversorgung von der Bedingung abhängig machte, daß die unverbrüchlichen

Rechte und Freiheiten, „die wir unseren Arbeitern errungen haben“, nicht geschädigt und vernichtet werden.

Wenn diese „Entwicklung“ der socialpolitischen Ansichten der Partei dem in letzter Zeit auch in der freisinnigen Presse mehr und mehr hervorgetretenen Bedürfnis nach einer festen Stellungnahme in dieser Frage entsprechen soll, so ergibt sich daraus nur das Eine, was freilich uns schon längst kein Geheimniß mehr war, daß die Freisinnigen überhaupt keine socialpolitischen Ansichten haben oder wenigstens, daß sie es für zweckmäßiger halten, dieselben nicht zu äußern und statt dessen lieber ihren Anhängern einige Hände voll Sand in die Augen zu werfen.

Dieses Verhalten der Partei erklärt sich sowohl aus ihrer gegenwärtigen politischen Lage, wie aus ihrem ganzen politischen Wesen. Auf der einen Seite fürchtet sie, noch mehr Anhänger wie bisher einzubüßen, wenn sie offen den Bestrebungen und den bisherigen Versuchen, die Existenzbedingungen der arbeitenden Klassen durch fürsorgliche Maßregeln zu erleichtern, entgegentritt; auch unter ihren Gesinnungsgenossen wird es ja doch wohl Manche geben, welche den Ernst der von den gegnerischen Parteien in Angriff genommenen Socialreform anerkennen und keinen Grund sehen, weshalb sie derselben nicht wohlwollend gegenüber stehen sollen. Auf der anderen Seite fühlen die Freisinnigen, daß eine ernste Beschäftigung mit dieser Frage sie mehr und mehr abdrängen würde von der Verfolgung ihrer politischen Ideale. Für sie existiren nur möglichst große politische Rechte des Individuums gegenüber der Gesamtheit, des Volkes und des Parlaments gegenüber der ausübenden Gewalt der Regierung, und demgegenüber fallen für sie die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Lebensbedingungen des Einzelnen, die sociale Ordnung des Ganzen gar nicht ins Gewicht: das ist vielmehr — nach ihrer Meinung — eine Sache, die sich später von selbst machen wird. Wollten sie sich an der socialreformatorischen Arbeit betheiligen, so würden sie damit ihre eigentlichen Ziele vernachlässigen müssen. Dennoch aber ist die Noth des praktischen Lebens, das Bedürfnis nach einer Besserung der Lebensbedingungen, namentlich der arbeitenden Klassen so groß, daß auch die Freisinnigen wenigstens den Schein der Theilnahme hierfür erwecken zu müssen glauben, und demgemäß reden sie auch über socialpolitische Dinge, aber, wie sich auf dem Siegnitzer Parteitage wieder zur Genüge gezeigt hat, nur in der Weise, daß sie sie für ihre rein politischen Ideale auszubeuten suchen. Sie brechen den Stab über den „Zwang“, weil „Zwang“ nach ihrem politischen Glaubensbekenntniß eines freien Bürgers unwürdig ist, und alles, was zu Gunsten der Arbeiter geschieht, beurtheilen sie nach dem Maßstab der „unverbrüchlichen Rechte“ der Arbeiter, selbstverständlich überall eine Beeinträchtigung derselben erblickend. Worauf es ihnen dabei ankommt, haben die Herren Barth und Rickert deutlich genug gesagt: die Arbeiter sollen sich um die „verfolgte“ Partei der Freisinnigen scharen, damit diese endlich an das Ziel ihrer politischen Ideale gelangen kann. Wir zweifeln indeß nicht, daß die vollständige socialpolitische Unfruchtbarkeit und Gleichgültigkeit, welche die Freisinnigen nur mit einigen politischen Redensarten zu verdecken suchen, sie nicht nur bei den Arbeitern, sondern überhaupt bei Allen, welche von der wichtigen Aufgabe der Socialreform überzeugt sind, vollständig um ihren Credit bringen wird.

## Postsparkassen und Lokalsparkassen.

### I.

„Zu Gunsten derjenigen, welche ganz oder theilweise vom Lohne ihrer Arbeit leben“ war schon vor achtzig Jahren im englischen Parlament die Errichtung einer Postsparkasse in Anregung gebracht worden. Doch erst im Jahre 1861 wurden Postsparkassen in England ins Leben gerufen. Der Hauptanlaß zu diesem Schritte war in der eigenthümlichen Entwicklung gegeben, welche das Sparkassenwesen in England genommen hatte. Zwar ursprünglich Schöpfungen freiwilliger Wohlthätigkeitspflege, haben die Postsparkassen in England sich doch von Anfang an eng an den Staat angelehnt und waren sie bald nur die Vermittler zwischen den Einlegern und dem Staate. Der Staat war bei der Anlegung der Gelder betheilig, er garantierte den Sparkassenverwaltungen

einen bestimmten Zinsfuß, so daß das Publikum allgemein den Staat als für die Sicherheit der Sparkassen verantwortlich betrachtete. Zahlreiche Betrügereien und Unterschleife nöthigten schließlich den Staat dazu, die Verwaltung der Sparkassen zu seiner eigenen Sicherstellung zu übernehmen und gleichzeitig mit der Errichtung von Postsparkassen dem socialen Bedürfnis der Förderung des Sparens in viel vollkommenerer Weise zu entsprechen.

Dem Beispiele Englands sind bis jetzt, abgesehen von verschiedenen englischen Colonien und Japan, folgende Staaten gefolgt: Belgien (1870), Italien (1875), Holland (1880), Frankreich (1881), Oesterreich (1882), Schweden (1883). Die ersteren drei Staaten hatten vor Einführung der Postsparkassen ein sehr mangelhaft entwickeltes Sparwesen und die belgischen und holländischen Sparkassen hatten in den Revolutionen von 1830 und 1848 schwere Erschütterungen erlitten, in Italien war die Mehrzahl der Bevölkerung überhaupt ohne die Wohlthat öffentlicher Sparkassen. In Frankreich waren die Beziehungen des Staats zu den Sparkassen ähnliche gewesen, wie früher in England; die Sparkassengelder mußten bei der Staatskasse angelegt werden. Oesterreich litt wie Italien an Mangel von Spargelegenheiten. Die erste Sparkasse war 1819 von der sog. aristokratischen Association gegründet worden mit einer sehr weitläufigen Verwaltung, ihr folgten andere von ähnlichen Vereinigungen gegründete große Kassen mit ausgedehntem Geschäftsumfang nach. Ein weit verzweigtes Netz von Localsparkassen fehlte in Oesterreich.

Es kann somit zugegeben werden, daß die betreffenden Staaten zunächst in Rücksicht auf die mangelhaften oder fehlenden Spar-einrichtungen Staats- (Post-) Sparkassen ins Leben riefen. Zu diesem Entstehungsgrund kamen aber die außerordentlichen Erfolge, welche die Postsparkassen in den Ländern, in denen sie zuerst eingeführt wurden, aufzuweisen haben. In England stieg die Zahl der Einleger von 1861 bis 1882 von 24 826 mit Einlagen von zusammen 167 530 Pfund Sterling (1 Pfund = 20 Sch.) auf 2 858 976 mit einem Einlagebetrage von 13 712 859 Pfund. In Italien waren Ende 1876 57 354 Einlagebücher mit einem Guthaben von 2 443 404 Lire (1 Lire = 80 Pfennig) im Umlauf; 1882 dagegen 592 018 Bücher mit 84 951 236 Lire Guthaben. In Holland belief sich die Zahl der Einleger 1881 auf 23 773 mit 1 126 269 Gulden Einlagen, 1883 dagegen schon auf 67 922 mit 2 884 478 Gulden.

Wenn es in Deutschland bisher nicht gelungen ist, Postsparkassen, deren großer wirtschaftlicher Nutzen von keiner Seite geleugnet wird, einzuführen, so liegt die Erklärung neben anderen Gründen hauptsächlich in dem durchaus anderen und glücklicheren Entwicklungsgange, welchen das deutsche Sparkassenwesen genommen hat. Die Sparkassen haben sich bei uns in Anlehnung an den Verband städtischer oder ländlicher Kommunen, der Kreis-, Bezirks- und Provinzialkörperschaften, im Wesentlichen selbstständig entwickelt. Die Einwirkung des Staates beschränkt sich auf die Beaufsichtigung der Verwaltung; er greift jedoch in die Anlegung der Spargelder grundsätzlich nicht ein und trägt für deren Sicherheit und für die Aufbringung der den Sparern zu entrichtenden Zinsen keinerlei Verantwortlichkeit. Betrügereien und Unterschleife sind selten vorgekommen, die Verwaltung ist eine solide und gedeihliche, die Furcht vor Einführung von Postsparkassen hat Verbesserungen entstehen lassen, das Netz von Spargelegenheiten ist dichter, als es in den übrigen Ländern vor Einführung der Postsparkassen war.

Ob man aber trotz dieser Verschiedenartigkeit der Verhältnisse hier und dort und bei aller Anerkennung der fruchtbaren Wirksamkeit der deutschen Sparkassen nicht doch mit Recht der Meinung sein darf, daß auch bei uns Postsparkassen Raum genug für Entfaltung ihres Nutzens vorfinden und sich nach einem Ausdrucke Schäffles als „ein mächtiger Hebel des wirtschaftlichen Fortschritts und der praktisch versöhnenden Socialreform“ erweisen würden, das zu untersuchen bleibt einem zweiten Artikel vorbehalten.

## Neuigkeiten aus der Verwaltung.

### Erleichterungen des directen Eisenbahnverkehrs.

Die Einrichtung directer Personen- und Gepäckabfertigung ist, wie aus hierauf bezüglichen Vorstellungen und Beschwerden hervorgeht, nicht

immer in einem dem Bedürfnisse des Verkehrs und der Einheitlichkeit der Staatseisenbahnverwaltung entsprechenden Umfange erfolgt. Dies hat den Minister für öffentliche Arbeiten neuerdings veranlaßt, die Eisenbahndirectionen aufzufordern, für die möglichste Ausdehnung dieses directen Verkehrs noch mehr als bisher Sorge zu tragen und hierauf gerichteten Anträgen des Publikums thunlichst entgegen zu kommen. Namentlich ist diesem Erlaß zufolge für eine ausgiebige Berechnung directer Fahrpreise nach den Stationen des engeren Verkehrsgebietes einer Station, nach dem Sitz der Gerichts- und Verwaltungsbehörden und nach den bedeutenderen Handelsplätzen des betreffenden Landestheils ohne Rücksicht auf die Grenzen der Directionsbezirke Sorge zu tragen. Die Stationen, bezw. Billet-Expeditionen werden anzuhalten sein, auf die Nachfrage nach directen Fahrkarten genau zu achten und rechtzeitig auch ohne besondere Anträge des Publikums eine Ausdehnung der directen Abfertigung höheren Orts anzuregen. Soweit es der Raum an der Abfertigungsstelle gestattet, sind für die directe Abfertigung directer Fahrkarten aufzulegen. Daneben ist, namentlich auf kleineren Stationen von geringerem Verkehr, die directe Abfertigung mittels Blanquettkarten durch eine ausgiebige Aufstellung directer Fahrpreistafeln zu ermöglichen. Die Ausfertigung solcher Karten läßt sich erleichtern und beschleunigen, wenn der Name der Abgangstation auf den Karten schon vor ihrer Benutzung vorgebracht, auch wenn in solchen Fällen, in welchen, wie an Markttagen oder zu Zeiten besonders gesteigerten Verkehrs, an Kurorten und dgl. zeitweise eine stärkere Nachfrage nach directer Abfertigung in gewissen Verkehrsverbindungen zu erwarten ist, eine entsprechende Anzahl von Karten außerhalb der Abfertigungsstunden durch vollständige Ausfüllung zur sofortigen Ausgabe vorbereitet wird. Sofern etwa eine einfachere Anordnung der Blanquettkarten noch wünschenswerth und zulässig erscheinen sollte, sollen bezügliche Vorschläge eingereicht werden.

Dem in Sipppringe bestehenden Pflegehause für franke Kurgäste „Bethesda“ sind die Rechte einer juristischen Person verliehen worden.

## Politische Tagesfragen.

### Zum Ministerjubiläum des Kanzlers

bringen alle Berliner Blätter festliche Betrachtungen, von denen die hohen Verdienste desselben um Preußen und Deutschland voll gewürdigt werden; auch die Freisinnigen Blätter, Böttische Zeitg. und Berliner Tageblatt lassen dem Kanzler von ihrem Standpunkt aus Gerechtigkeit widerfahren. Nur die „Freisinnige Zeitung“ erwähnt diesen für Preußen und Deutschland bedeutungsvollen Tag mit keinem Worte.

### Das orientalische Seminar

wird am 18. October feierlich eröffnet werden. Für dem Besuch liegen bereits über 100 Anmeldungen vor. Dieser Tage ist auch der Lehrer für die arabische Umgangssprache in Berlin eingetroffen, ein Scheich, namens Hassan Tewfik Effendi, der bisher als Lehrer an der Universität in Kairo thätig war.

### Der Generalbericht über die Ergebnisse der Erhebung über die Sonntagsarbeit,

welche bereits in drei starken Bänden dem Reichstag in der letzten Session zugegangen waren, ist nunmehr fertig gestellt worden und wird zunächst an den Bundesrath gehen.

### Erhöhung der Getreidezölle.

Auch aus Süddeutschland sind Petitionen wegen Erhöhung der Getreidezölle eingelaufen. So hat der landwirthschaftliche Bezirksverein Randel in der bairischen Rheinpfalz die nachstehende Petition an den Herrn Reichskanzler gerichtet:

„In dankbarer Weise erkennen die ehrfurchtvollst unterzeichneten Landwirthe des landwirthschaftlichen Bezirksvereins Randel in der bairischen Rheinpfalz an, daß zum Schutze des heimischen Getreidebaues Getreidezölle eingeführt wurden. Leider aber hat die Erfahrung gelehrt, daß die jetzt bestehenden Zollsätze nicht vermochten, dem Rückgange unserer vaterländischen Landwirthschaft Einhalt zu gebieten, noch viel weniger den nöthigen und so sehr ersehnten Aufschwung der landwirthschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen. Nur eine weitere Erhöhung beregter Zölle dürfte Wandel zum Besseren schaffen. Aus diesem Grunde wagen die ehrfurchtvollst Unterzeichneten ergebenst zu bitten, es wolle dem Hohen Reichstage alsbald eine Vorlage betreffs weiterer Erhöhung der Getreidezölle unterbreitet werden.“ — Die Zahl der Unterschriften beläuft sich auf nahezu 1100.

Aus Langenau in Württemberg ist dem Reichskanzler das folgende Telegramm zugegangen:

„Langenau, 18. September 1887.

Die in Langenau versammelten Bauern des 14. württembergischen Wahlkreises senden Guer Durchlaucht ehrerbietigsten Gruß

und die Bitte, der bedrängten Bauernschaft beizustehen durch Eintreten für angemessene Erhöhung der Getreidezölle, welche auch unser anwesender Reichstagsabgeordneter v. Fischer als nothwendig erkannte. gez. der Vorsitzende Stadtpfleger Haug.“

Behufs energischer Agitation für die Erhöhung der Kornzölle versammelt sich der Ausschuß des deutschen Landwirthschaftsraths am 29. September in München. Auch soll dabei über die Frage wegen Aufhebung des sogenannten Identitätsnachweises verhandelt werden. Als Referenten fungiren die Herren: v. Below-Saleske und Graf von Berchenfeld-Röfering. Anfangs November soll dann, wie die „Kreuzzeitung“ mittheilt, das Plenum des deutschen Landwirthschaftsraths über die Erhöhung der Kornzölle berathen.

### Kriminalität und Religion.

Die definitiven Ergebnisse der Kriminalstatistik für das Jahr 1885 liegen nunmehr im 23. Bande der Statistik des deutschen Reiches vor. Wegen Verbrechen und Vergehen wurden verurtheilt: Evangelische 195 220, Katholiken 138,560, Juden 3,241, unbekannter Religion 5,799. Die Kriminalität war am günstigsten bei den Juden, auf 100,000 Juden kamen 561 Verurtheilte, dagegen auf 100,000 Katholiken 830, und auf 100,000 Evangelische 670. Der günstigere Stand bei den Juden erklärt sich daraus, daß sie an den am häufigsten unter den Fabrik- und landwirthschaftlichen Arbeitern vorkommenden Vergehen der schweren Körperverletzung, des Diebstahls, der Jagd- und Fischereivergehen, der Sachbeschädigung in sehr geringem Maße theilhaftig sind. Dagegen haben die Juden eine sehr ungünstige Kriminalität bei den Delicten gegen die Gewerbeordnung, Beleidigung, Erpressung, Betrug, einfachem und betrügerischem Bankerutt. Beispielsweise kamen auf 100,000 Christen 86 wegen Beleidigung Verurtheilte, dagegen auf 100,000 Juden 114; unter 100,000 Einwohnern derselben Religion waren 0,27 wegen einfachen Bankerutts verurtheilte Christen, dagegen 15 wegen desselben Vergehens verurtheilte Juden; bei Betrug sind die Vergleichszahlen 24 Christen und 53 Juden. Die Kriminalität der Evangelischen weist fast durchgehend günstigere Zahlen auf, als die der Katholiken. Besonders ungünstig ist die Kriminalität der letzteren bei Delicten gegen die Person; deshalb Verurtheilte gab es unter 100,000 Einwohnern derselben Religion bez. Confession 242 Evangelische, 330 Katholiken, 208 Juden.

### Zur Entschädigung für unschuldig erlittene Haft

ist zum ersten Male in dem neuen bairischen Stat des Justizministeriums eine Summe in Höhe von 5000 M. eingestellt. Die Erläuterungen bemerken, daß der Ansaß dem Beschlusse des Bundesraths vom 17. März 1887 entspreche, durch welchen das Vertrauen ausgesprochen wurde, daß in den Bundesstaaten überall in ausreichender Weise für die Beschaffung der zu dem angegebenen Zwecke nöthigen Geldmittel Sorge getragen werde.

### Ueber die Wirksamkeit der Krankenkassen

spricht sich wie viele andere ihrer Kolleginnen auch die Handelskammer von Limburg a. d. Lahn anerkennend und günstig aus. Die Kassen des dortigen Bezirks erfreuen sich einer normalen Fortentwicklung, die ohne erhöhte Erfordernisse an die Theilnehmenden die Rücklagen zum Rezervefonds zu machen gestattet. Jedoch klagt, ebenfalls wie viele ihrer Kolleginnen, die Limburger Kammer über die freien Hilfskassen, welche den Eintritt von einer bestimmten Altersgrenze oder dem Befunde einer ärztlichen Untersuchung abhängig machen, wodurch dann den Ortskrankenkassen vielfach die alten, häufiger Krankheiten unterworfenen Leute zufallen, die, wenn in überwiegender Zahl vertreten, die Fortentwicklung der Kasse in Frage stellen. Wünschenswerth wäre deshalb, — so schreibt der Bericht — eine gesetzliche Bestimmung, wonach sämtliche Kassen, welche sich mit Arbeiterversicherung befassen, jeden Arbeiter ohne irgend welche in seinen Gesundheits- oder Altersverhältnissen begründete Ausnahme annehmen müßten, weil nur auf diese Weise die Gleichstellung der Kassen und damit eine entsprechende Versorgung der Kranken gesichert wird.

### Industrielle, Cartelle und Conventionen.

In dem Handelskammerbericht von Bochum finden wir folgende interessante und orientirende Bemerkungen, die wir auf die Gefahr hin mittheilen, daß die Freisinnigen dadurch wieder Gelegenheit erhalten, „Ringe“ zu entdecken: „Die in den letzten Jahren in Bezug auf Cartelle und Conventionen gemachten zahlreichen Versuche, bei denen es sich entweder um die Einschränkung der Production oder um die Festsetzung von Minimalpreisen oder auch um Beides zugleich, in einigen Fällen auch um die Einrichtung gemeinsamer Verkaufsstellen handelte, sind allerdings nicht immer erfolgreich gewesen, indessen gilt es auch hier, durch Strungen zum Nüchternen und Zweckmäßigen zu gelangen, und mit Befriedigung kann constatirt werden, daß die Unterordnung des Einzelinteresses unter das einer größeren Gemeinschaft immer allgemeiner als die Grundlage einer gedeihlichen Wirksamkeit eines jeden Cartells erkannt wird. Eine nicht geringe Zahl solcher Conventionen ist bisher immer daran ge-

scheitert, daß sich ein Theil der Berufsgeoffen von denselben fern gehalten und von den durch das Cartell getroffenen Festsetzungen in eigen- nütziger Weise Vortheil zu ziehen gesucht hat. Die traurigen Verhältnisse in der ersten Hälfte des abgelaufenen Jahres (1886) haben aber doch gelehrt, daß nur ein festes und loyales Zusammenhalten aller Berufs- geoffen eine dauernde Besserung der Lage herbeizuführen vermag. Nur so läßt sich der Umfang des Bedarfes übersehen und demgemäß die Pro- duction angemessen begrenzen, wie auch der Verkaufspreis in angemessener Höhe erhalten. Daß derartige Vereinigungen Preise feststellen sollten, welche über das rechte Maß hinausgehen, ist nach den bisherigen Er- fahrungen kaum anzunehmen. Auch würden allzu hohe Preise sehr bald das Entstehen neuer Concurrenzgeschäfte veranlassen, und so die un- billigen Preisstellungen des bezüglichen Cartells unhaltbar werden."

#### Stand der Seidenindustrie.

Die guten Wirkungen des Schutzzolls lassen sich ganz besonders an dem gegenwärtigen Stande der deutschen Seidenindustrie wahrnehmen. Die Bilanz in seidenen Zeugwaaren berechnet sich nach den reichs- statistischen Publicationen im vergangenen Jahre für Deutschland auf eine Mengeneinfuhr von nur noch 4 250 metrischen Centnern im Werthe von 22 729 000 M., dagegen auf eine Ausfuhr von deutschen Fabrikaten dieser Industrie in Menge von 51 810 M.-Str. im Werth von 63 631 000 M. Es ergibt dies zu Gunsten der deutschen Seiden- Industrie bereits eine Mehrausfuhr von 47 260 M.-Str. im Werth von 40 902 000 M. Selbst Frankreich ist darin von Deutschland aus dem Felde geschlagen. Im Verkehr mit diesem Lande hatte Deutschland im vorigen Jahre nur noch eine Einfuhr an seidenen Zeugwaaren von 208 Meter-Str., aber eine Ausfuhr von 380, mithin eine Mehrausfuhr von 172 Meter-Str. Diese Industrie hat, was reine Seidenwaaren anbetrifft, auch noch das Interessante, daß der Preisniedergang, der für die letzten Jahre vielfach wahrgenommen wird, darin nicht eingetreten ist. Im Gegentheil, es berechnet sich, wenn man den siebenjährigen Zeitraum der neuen Wirthschaftspolitik in drei Abschnitte theilt, für 1880/82 ein durchschnittlicher Werth pro Tonne (= 1000 kg.) Seiden- waaren von 67 418 M. 19 Pf., für 1883/85 von 75 037 M. 46 Pf. und für 1886 von 72 040 M. 54 Pf. Anders berechnet sich dieses Ver- hältniß allerdings für Halbseidenwaaren. Darin stellt der durchschnitt- liche Werth der deutschen Ausfuhr sich im Zeitabschnitt 1880/82 auf 39 715 M. 15 Pf., für 1883/85 auf 32 037 M. 46 Pf. und für 1886 auf 30 000 M. Der Reinseiden-Industrie ist in den letzten Jahren der Niedergang der Rohseidenpreise, der Halbseiden-Industrie in noch stärkerem Maße der ihrer anderen Hilfsstoffe und Halbfabrikate in Baumwolle und Wolle zu Gute gekommen. Dazu ist aber unter dem mäßigen Schutzzollsystem die deutsche Technik gerade in der Fabrikation von Halb- seidenwaaren in neuester Zeit außerordentlich fortgeschritten. Der Nieder- gang des Preises für das Fabrikat wird also auch hier von beiden Seiten, Seitens der Hilfsstoffpreise und der Fabrikationsweise, sowie durch den Umfang der Production, der es an Absatz im In- wie Auslande nicht fehlt, aufgewogen.

#### Schnäbele Sohn.

Der Polizeicommissar Schnäbele ist bekanntlich aus dem officiellen Dienste der französischen Regierung ausgeschieden und hat sich in Nancy als Professor der deutschen Sprache niedergelassen. Von dort aus sucht nun auch sein Sohn sein Muthchen an Deutschland zu kühlen, indem er mit anderen Knaben schon wiederholt die Grenze überschritten hat, um die Einwohner von Cheminot der baldigen Befreiung zu versichern und einen baldigen Revanchekrieg in Aussicht zu stellen. Bei einer solchen Gelegenheit ist dieser sechszehnjährige Bengel am 20. September von den deutschen Behörden verhaftet worden. Schnäbele Sohn hatte am 14. Sep- tember ein aufrührerisches Plakat mit den französischen Nationalfarben an einem Baume auf der Landstraße von Cheminot nach Pont-à-Mousson angeheftet. Als er am 20. in Begleitung zweier Studenten über die Grenze kam, wurde er bis zur Ankunft eines Gensdarmen von Grenz- wächtern angehalten. Alsdann wurde er in das Bezirksgefängniß nach Metz abgeführt.

#### Die englischen Arbeiter-Vereinigungen.

Die viel gepriesenen englischen Arbeiter-Vereinigungen (Trades unions) scheinen immer mehr auf Abwege zu gerathen. In voriger Woche fand ein Congreß von Abgeordneten aller Arbeitervereine in Swansea statt, auf welchem manche revolutionäre Reden gehalten wurden. Bis jetzt galt dieser Congreß für eine äußerst respectable Versammlung, worin die Interessen der Arbeiter mit vielem Verstande und nüchternen Besonnen- heit besprochen wurden. Dieses Jahr zeichnete sich der Congreß durch extravagante sozialistische Sprache und Vorschläge aus, die man ruhig anhörte, und es war keine Spur von praktischem Sinn und irgend welcher Vernunft, die in früheren Jahren überwog, wahrzunehmen. Man fing damit an, einen Vorschlag zu machen, das Parlament zu ersuchen, die Arbeitszeit auf 8 Stunden des Tages zu verringern, was auch mit großer Majorität angenommen wurde. Dann wurde vorgeschlagen, Alles

Land zu nationalisiren. Das heißt: die jetzigen Landeigenthümer sollten aus ihrem Besitze vertrieben und das Land in kleineren Parzellen an die Bevölkerung gratis vertheilt werden. Das wurde auch angenommen. Bei dieser Gelegenheit sagte Joseph Arch, ehemaliges Parlamentsmitglied, der das große Wort da führte, alle Eigenthümer seien Räuber. Man nahm ferner Vorschläge an, den Schiffseigenthümern zu verbieten, mehr als 1/3 ihrer Mannschaften von fremden Matrosen zu nehmen, und schließlich wurde gegen Arbeitszahlung nach dem Stück und Extraarbeit (Ueberzeit) gedonnert.

#### Dom Hofe.

Berlin, 23. September 1887.

Unser Kaiser nahm heute eine größere Anzahl militärischer Meldungen entgegen, ertheilte unserem Botschafter am russischen Hofe, General von Schweinitz, eine Audienz und hatte am Nach- mittag eine Besprechung mit dem Vicepräsidenten des Staats- ministeriums, Minister von Buttkamer. — Die Abreise nach Baden- Baden ist auf Sonntag Abend festgesetzt.

#### Personalien.

Aus der allgemeinen Verwaltung und aus der Verwaltung des Innern.

Der Stadthindikus Erichson zu Stralsund ist zum zweiten Bürger- meister der genannten Stadt ernannt worden.

#### Aus dem Cultusministerium.

Der bisherige Seminardirector Georg Schulze zu Neu-Muppin ist zum Regierungs- und Schulrath ernannt worden. Derselbe wird, wie wir hören, der Regierung zu Würzburg überwiesen werden.

Der bisherige Seminardirector Dr. Gansen in Boppard ist zum Regierungs- und Schulrath ernannt worden. Derselbe wird, wie wir hören, der Regierung zu Breslau überwiesen werden.

#### Politische Wochenschau.

#### Aus dem Inlande.

Die Anstrengungen, welche die Stettiner Festtage mit sich brachten, hat unser Kaiser

mit Müstigkeit und Frische überwunden. In der Cabinetsordre, durch welche er dem commandirenden General des 1. Armee-Corps ein Regiment verliehen hat, sprach er nochmals sein schmerzliches Be- dauern aus, daß er nicht selbst das Armee-corps sehen konnte und fügte hinzu: er dürfe nicht verkennen, daß das hohe Alter, welches ihn Gottes Gnade erreichen laze, bei der Gewährung mancher Freude auch Ent- behrungen unerläßlich mache. In den nächsten Tagen gedenkt der Monarch nach Baden-Baden zur

#### Kaiserin

sich zu begeben, die kürzlich dort den Besuch des Kaiserpaares von Brasilien empfangen und erwidert hat. Ueber das Allgemeinbefinden des

#### Kronprinzen

lauteten die Nachrichten aus Toblach fortgesetzt günstig. Am Mittwoch ist Dr. Madenzic aus London dort eingetroffen, um das Halsleiden von Neuem zu untersuchen.

Am Donnerstag fand in Kiel die Taufe des neuen Schiffes der Kriegsmarine

#### „Prinzess Wilhelm“

im Beisein der hohen Pathin, ihres Gemahls, des Prinzen Heinrich und verschiedener hoher Würdenträger statt. Prinz und Prinzessin Wilhelm begaben sich von Kiel nach Friedrichsruh zum

#### Fürsten Bismarck,

um ihm ihre Glückwünsche zu seinem 25 jährigen Ministerjubiläum dar- zubringen, das im Herzen der deutschen Nation dankbar für die in schweren Mühen errungenen herrlichen Erfolge mitgefeiert worden ist. Graf Kalnoky hatte Friedrichsruhe am Sonntag wieder verlassen.

Die freisinnige Presse im Bunde mit der Germania und den social- demokratischen Blättern, bemüht sich wieder einmal ein lärmendes Spektakelstück aufzuführen. Anlaß dazu bot ihr der für die nächste Reichstagsession zu erwartende Antrag auf

#### Verlängerung der Wahlperioden

von 3 auf 5 Jahre, auf welchen sich, wie nunmehr bekannt geworden ist, die Führer der drei nationalen Parteien geeinigt haben. Die Gründe, welche für eine solche Maßregel sprechen, liegen nahe. Die Parlamente gewinnen Zeit zu ruhiger Arbeit und die Wähler werden in längeren Fristen in die Aufregungen eines Wahlkampfes versetzt. Das Gerede von Verkürzung der Volkrechte ist jedenfalls ganz haltlos;

Hierzu eine Beilage.

es ist auch kaum recht ernst gemeint. Man braucht im demokratischen Lager nicht um das Ergebnis der Wahlen, sondern um der Agitation willen kürzere Wahlperioden. Inzwischen hat die Rolle, in welcher die freisinnige Presse als Wächterin der Volksrechte sich aufspielt, noch nicht einmal das, was man einen Achtungserfolg nennt, erreichen können. Eine Partei, deren Führer die materiellen Interessen des Volkes die socialen Fragen kalt lassen, muß auch trotz lärmenden Auftretens immer mehr an Boden verlieren. Daß von dem socialpolitisch angehauchten Theil der Partei gestellte Verlangen nach einem allgemeinen freisinnigen

#### Parteitage

behufs „Klärung“ wird wahrscheinlich nicht erfüllt werden. Man glaubt augenscheinlich der auflehrenden Bewegung durch Abhaltung von Provinzialtagen besser Herr werden zu können. Auf dem schlesischen Tage in Liegnitz, von dem nur dürftige Berichte in die Presse gelangt sind, ist wieder lebhaft über Abtrünnigkeit geklagt und den Aufrechten und Standhaften wacker geschmeichelt worden. An den socialen Fragen ging man ziemlich schein vorüber.

Die

#### bayerische zweite Kammer

hat die Branntweinsteuervorlage mit 133 gegen 18 Stimmen angenommen. Die letzteren gehörten einem Demokraten und verbissenen Centrumspartikularisten an. Vom 1. Oktober ab wird also von einer besonderen Branntweinsteuergemeinschaft nicht mehr die Rede sein.

### Aus dem Auslande.

Die Lösung der

#### bulgarischen Frage

hat in den letzten Tagen keine weiteren Fortschritte gemacht. Nachdem Deutschland es abgelehnt hat, von sich aus die Mission des Generals Erroth als Gegenregent des Prinzen Ferdinand von Coburg bei den Mächten in Antrag zu bringen, hat die Pforte Rußland durch eine neue Note zu einem Meinungsaustrausch über etwaige weitere Mittel zur Lösung der bulgarischen Frage aufgefordert. Eine von anderer Seite gemeldete Nachricht, daß die Pforte hiermit den Vorschlag verbunden habe, einen türkischen Commissar als General-Statthalter nach Sophia zu senden, ist noch nicht verbürgt. Bei der Fortdauer der diplomatischen Erörterungen über die Art und Weise, wie Prinz Ferdinand am besten zu entfernen sei, gewinnt dieser Zeit, sich in Bulgarien festzusetzen und sein Regiment zu befestigen. Trotz der Aufhebung des Belagerungszustandes wird mit Strenge gegen die russenfreundliche Partei in Bulgarien vorgegangen und sind alle ihre Zeitungen unterdrückt worden. Ein Zwischenfall, welcher die Beleidigung des deutschen Consuls von Löper in Rustschuk durch ein dortiges Blatt betraf, scheint inzwischen durch gewährte Genugthuung beigelegt worden zu sein. Ob es wahr ist, daß Deutschland bei dieser Gelegenheit in Aussicht gestellt hatte, Kriegsschiffe durch die Dardanellen an die bulgarische Küste zu senden, und daß es zu diesem Zwecke bei der Pforte die Zustimmung zur Durchfahrt der Schiffe durch die Meerenge beantragt hatte, steht dahin; in der russischen und französischen Presse werden an diese Nachricht natürlich die unfreundlichsten Bemerkungen und Verdächtigungen gegen Deutschland geknüpft.

Die

#### französische

Mobilmachung ist beendet. Das mobilisirte Armeecorps hat wieder „abgerüstet“. Die hierbei betheiligten Officiere sind von dem Kriegsminister zur baldigen Erstattung von Berichten über ihre Erfahrungen aufgefordert worden. Es soll demnächst nun ein Garnisonwechsel vorgenommen werden, dessen Bedeutung für Deutschland darin besteht, daß mit Ablauf dieses Monats zu den Truppentheilen, die bisher schon an der deutschen Grenze gestanden haben, 11 Regimenter Infanterie (hiervon 10 neu zu formirende), 2 Jägerbataillone, 4 Regimenter Cavallerie (sämmtlich neu zu formirend), 1 Regiment Feld-Artillerie hinzutreten. Diese Verstärkungen werden sich in der unmittelbaren Nähe des deutschen Gebietes befinden. — Mitte October sollen die französischen Kammern wieder zusammentreten, die wahrscheinlich Gelegenheit nehmen werden, wegen der neuen antirepublikanischen Kundgebung des

#### Grafen von Paris

neue Forderungen bezüglich der Sicherstellung der Republik gegen orleanistische Angriffe an die Regierung zu stellen, wenn diese — wie es wahrscheinlich ist — es nicht vorzieht, von ihrem gesetzlichen Recht der Ausweisung der noch in Frankreich vorhandenen Prinzen Gebrauch zu machen: es würde sich um die Ausweisung des Herzogs von Nemours, des Prinzen Joinville, des Herzogs von Chartres, des Herzogs von Alençon, sowie der Prinzen Ludwig Napoleon (Jerome), Murat und Roland Bonaparte handeln. Der Ministerrath hat sich schon mit dieser Angelegenheit beschäftigt und Rouvier hat die Absicht, demnächst eine Rede zu halten, welche als eine Antwort auf das Manifest dienen soll.

Geht die Regierung in dem angedeuteten Sinne nicht vor, dann würde wohl in der Kammer ein Antrag auf Confiscation der Güter der Orleans zu erwarten sein. Auch Prinz Jerome soll Lust haben, mit einem Manifest hervorzutreten, um den Eindruck des orleanistischen Manifestes abzuschwächen. — Ein Sohn Schnäbele's ist lezthin, als er die deutsche Grenze überschritt, um aufrührerische Placate in einem deutschen Grenzorte anzuschlagen, von deutschen Grenzauffsehern festgenommen und nach Metz abgeführt worden. Die Pariser Presse bewahrt jedoch anlässlich dieses Falles ziemliche Ruhe.

Zwischen Frankreich und

#### England

ist ein Abkommen über die Uebertwachung des Suezkanals durch eine internationale Kommission, welche aus den Generalkonsuln aller in Cairo vertretenen Mächte bestehen soll, zu Stande gekommen. Das

#### englische Parlament

ist am 16. September durch eine Thronrede vertagt worden, worin die Königin mit Genugthuung der bezüglich der Nordgrenze Afghanistans mit Rußland abgeschlossenen Convention Erwähnung thut und ihr Bedauern ausdrückt, daß die Convention wegen Egyptens vom Sultan nicht unterzeichnet worden ist. Selbstverständlich werden auch die im Interesse Irlands genehmigten Gesetze erwähnt. Auf Grund derselben hat die Regierung jetzt auch für die Grafschaft Clare und andere Bezirke die Unterdrückung der irischen Nationalliga angeordnet. Augenblicklich befindet sich die englische Mittelmeer-Flotte im Hafen von Triest, wo ihr von den österreichischen Behörden die zuvorkommendste Aufnahme zu Theil geworden ist. Der

#### österreichische Reichsrath

tritt am 29. zusammen, und werden wohl alsdann auch Erklärungen über die politische Lage zu erwarten sein. Der ungarische Ministerpräsident Tisza hat jüngst vor seinen Wählern eine Rede gehalten, in welcher er die fortgesetzte Nothwendigkeit finanzieller Ausgaben für Heereszwecke betonte, zugleich aber die „begründete Hoffnung“ aussprach, daß „der Friede so bald nicht werde gestört werden.“

#### Rom

hat am 20. September den Jahrestag der Besetzung der Hauptstadt durch die italienische Armee gefeiert. In Beantwortung einer aus diesem Anlaß an den König gerichteten Adresse hat dieser der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Rom in der neuen Aera, welche mit dem 20. September 1870 begann, den Glanz seiner alten Größe wiederfinden werde, und zugleich hat er erklärt, daß Rom demnächst bei dem Papstjubiläum der Welt zeigen werde, „daß es durch regelmäßige Entwicklung jeglichen Fortschritts in der Civilisation allen Völkern, welche kommen werden, dem Papst ihre Huldigung darzubringen, eine sichere, ehrende Gastfreundschaft bieten und gleichzeitig die Hauptstadt eines freien, starken Volkes sein könne.“

Der

#### Schweizer

Bundesrath hat die Wahlen für den Nationalrath auf den 30. October angeordnet. Der

#### dänische

Reichstag ist auf den 3. October einberufen. Die neue

#### holländische

Kammer ist am 19. September eröffnet worden und wird nun die zweite Lesung der Verfassungsrevision vorzunehmen haben. In

#### Afghanistan

wird die Lage des Emirs immer schwieriger, da Chub Khan's Erscheinen im Westen den unzufriedenen Stämmen neuen Muth zum Aufstande gegeben hat. Ob die Nachricht, daß Chub Khan in Persien gefangen genommen sei, sich bestätigen wird, bleibt abzuwarten.

In

#### Japan

ist der Minister des Auswärtigen, Graf Inouye Kaoru, des Amtes enthoben worden, weil er den Wünschen der europäischen Mächte wegen gewisser Garantien für eine unparteiische Rechtsprechung der Fremden durch gemischte richterliche Behörden angeblich zu weit entgegengekommen sei. In

#### Nordamerika

hat bereits eine von den Socialisten und Anarchisten in New-York einberufene große Massenversammlung zum Protest gegen die bevorstehende Hinrichtung der verurtheilten Anarchisten stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit hielt der bekannte Most eine Rede, in welcher er die amerikanischen Arbeiter aufforderte, sich zu bewaffnen: jeder Tropfen Blutes der sieben zum Tode verurtheilten Anarchisten fordere ein Menschenleben. Von anderen Rednern wurde zu einem Feldzuge gegen die Kapitalisten aufgefordert.